



Keupers

kritischer

Kommentar

08-02-2019

August 2019

Wie gerecht ist der Klimaschutz

Und wie sozial kann er gestaltet werden. Wie viel Freiheit lässt er uns, und können wir ohne Wachstum weiter im gewohnten Wohlstand leben? Das sind die Fragen, welche die Menschen heutzutage in unserem Lande umtreibt, die ihnen Sorgen bereiten und an eine bessere Zukunft zweifeln lassen. Was nutzt es, das Klima zu retten, dabei jedoch unsere Gesellschaft, unsere Lebensart so zu verändern, dass viele dann an dem täglichen Leben nur noch gering oder gar nicht mehr teilnehmen können, sodass sie sich ausgegrenzt fühlen und der Demokratie und den Politikern nicht mehr vertrauen (können). In ihrer Verzweiflung den populistischen Versprechen der radikalen politischen Randgruppen Gehör schenken, sich ihnen zuwenden. Tausche eine freiheitliche und soziale Demokratie gegen ein gerettetes Klima, das kann nicht die einzige noch mögliche Alternative sein! Auch die ärmeren 30 Prozent der Menschen in unserer Republik, auch für die Mitbürgerinnen und Mitbürgern, welche nicht in den Ballungsräumen und größeren Stadtregionen wohnen, sondern „auf dem flachen Land“ leben, muss das Leben weiterhin erstrebenswert sein, ihnen uneingeschränkte Teilhabe bescheren. Das heißt bei allen nötigen und zu ergreifenden Maßnahmen zur Rettung des Klimas, muss soziale Ausgewogenheit das oberste Ziel sein und bleiben!

Es darf nicht soweit kommen, so wie es Zygmunt Baumann, ein polnisch-britischer Soziologe und Philosoph, in seinem Buch „Retrotopia“ beschreibt: „Heute ist es die Zukunft, auf die man sich nicht (mehr) verlassen kann --- sie wird auf der Sollseite verbucht. Dafür erscheint jetzt die Vergangenheit auf der Habenseite --- dank ihres verdienten oder unverdienten Rufs, ein Hort der Freiheit (und des Wohlstandes) gewesen zu sein, auf den sich noch nicht diskreditierte Hoffnungen setzen lassen“.

Das beharrliche Festhalten am positiven Denken über eine Zukunftsgestaltung und einem progressiven Fortschritt, das einst über Jahrhunderte die Menschheit prägte und die Politik der Sozialdemokratie bestimmte, ist einer gewissen Skepsis und Angst gewichen, ja einer scheinbaren Gewissheit, dass die Zukunft nicht mehr positiv planbar sei. Immer mehr vermuten viele der Bürgerinnen und Bürger: „Die Zukunft kann ihre Versprechungen nicht mehr einlösen, im Gegenteil, der Zukunftspendel scheint derzeit immer mehr hin zur Katastrophe auszuschwingen.“

Der Wohnungsbau in der letzten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, mit seinem damals modernen und zukunftsweisenden technischen Installationen, hat sich zu einem Zukunftsproblem der Gegenwart entwickelt. Die persönliche Freiheit der Mobilität mit dem (eigenen) Auto ist inzwischen nicht nur ein (innerstädtischer) Störfaktor für die Gesundheit geworden, sondern auch zu einer glo-

balen Klimabedrohung. Und was wir gewohnterweise so essen und trinken, kann und darf so nicht weitergehen. Ebenso wie wir mit den Tieren die wir essen wollen umgehen. Obgleich, das sollte uns bewusst sein, dass der Mensch seit Jahrtausenden von Natur aus eben ein Raubtier ist und wohl auch bleibt, wenn auch mit mehr oder weniger ausgeprägten „feineren Manieren“.

Man kann und darf den Menschen nicht alles vorschreiben und verbieten.

„Doch die Politik darf den Menschen“, so der sächsische Ministerpräsident Winfried Kretschmer (CDU), „nicht die persönliche Lebensführung vorschreiben, oder (per Gesetz oder Verordnung) zu viel verbieten!“

Doch die Umweltfanatiker glauben fest, dass nur Sie und sonst niemand die Welt vor dem (klimatischen) Untergang retten können, dass ihre Planungen und Vorgehensweisen das „Non plus Ultra“ aller Möglichkeiten sind. Eine Diskussion darüber, ob ihre Sichtweise, ihre Erkenntnisse denn wirklich so richtig und unumstößlich, ihre geforderten Maßnahmen der einzige Weg zur Problemlösung sind, interessiert sie nicht und sie lehnen solche Gespräche abrupt ab. Sie merken dabei nicht, dass ein solches Verhalten ein Zeichen eines puren Fundamentalismus ist. Ja, bei vielen der geforderten Maßnahmen gegen den Klimawandel schwingt bei ihnen die moralische Keule mit, was gefährlich für das gesellschaftliche Miteinander, gefährlich für die Demokratie ist!

Darum, ist der Klimaschutz scheinbar eine Art religiöse Verheißung, dann wird die Enttäuschung unausweichlich sein. „Der Klimaschutz löst zumindest in den meinungsfreudigen Schichten der deutschen Bevölkerung Euphorie aus“, so Thomas Schmidt am 21. August auf ZEIT Online, „er weckt Begeisterung auch unter den Jüngeren, ja er stattet, so der Anschein, Politik überhaupt wieder mit Sinn aus. Es wäre zum ersten Mal eine Politik des Verzichtes, die nicht ökonomischen Zwängen, sondern ethischen Notwendigkeiten folgt.“ Doch darüber muss man sich bei aller Euphorie im Klaren sein, eine konsequente Klimapolitik ist eine Politik des Verzichts, und erst wenn die Menschen in ihrem eigenen Bereich verzichten müssen, wird man feststellen können, wie sie dem Klimaschutz wirklich gegenüberstehen. Die „Grünen“ werden das dann noch zu spüren bekommen.

Das Wirtschaftswachstum ist das Problem beim Klimawandel.

„Es ist nicht unsozial, wenn künftig nicht mehr jeder ständig fliegen oder täglich Fleisch essen kann. Die wirkliche Herausforderung (im Kampf gegen den Klimawandel) ist das Ende des Wirtschaftswachstums“, so der Leiter der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik in Leipzig, Felix Ekard, in der ZEIT vom 20. August. Die größten sozialen Probleme des Klimawandels sind seiner Meinung nach die Grenzen des zukünftigen ökonomischen Wachstums, wenn außer dem technischen Wandel, also veränderte Produktion und veränderter Verbrauch, auch noch eine zusätzliche Reduzierung von Produktion und Verbrauch erzielt werden soll und wir somit die Voraussetzungen unserer gewohnten Wohlstandsgesellschaft hinter uns lassen. Fast alle, die meisten Umweltverbände, die Jugendlichen der „Fridays for Future“-Bewegung, die politische Elite, insbesondere die der „Grünen“, weichen einer Debatte, wie unsere soziale Gesellschaft das bewältigen kann, bewusst aus, denn das Ende des ökonomischen Wachstums ist der eigentliche Kern des Kampfes gegen den Klimawandel und die grundlegende soziale Herausforderung.

Können wir in Zukunft ohne Wirtschaftswachstum leben?

Vom Wachstum hängen der Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, die Renten- und Sozialsysteme, die Finanzwirtschaft, also unser Geld und Vermögen, und letztendlich unser Staat, damit unsere demokra-

tische Gesellschaft ab. Nicht umsonst war Jahrzehnte lang die Parole: „Mehr Wachstum ist das Fundament unseres Wohlstandes und unserer wirtschaftlichen Stärke“, die Grundlage unseres Handelns und Strebens. Die Stärke und Anerkennung der Bundesrepublik in der Welt verdanken wir dem langjährigen Wirtschaftswachstum.

Die finanziellen Mittel des Staates, welche er aufgrund dieses Wirtschaftswachstums in die sozialen Ausgleichsmechanismen hat einfließen lassen, sind der Grundfaktor unserer freiheitlichen und sozialen Demokratie! Wie kann unsere Zivilgesellschaft funktionieren, wie kann allen Menschen ein existenzsicherndes Auskommen gewährleistet werden, ohne, oder nur mit einem geringen Wachstum? Ein geringes oder auch ein sogenanntes „qualifiziertes“ Wachstum stellt uns vor umfassende Gesellschaftsprobleme. Will man in einer sogenannten Postwachstumswelt zukünftige Arbeitsmarkt- oder Einkommensentwicklungen durch notwendige Umverteilungen, respektive Sozialabsicherungen begegnen, sind dazu enorme Finanzaufwendungen erforderlich, die der Staat aufgrund des geringeren Wachstums und entsprechender geringen Steuereinnahmen nicht stemmen kann. Damit ist aber das zu erwartende geringere Wirtschaftswachstum durch die erforderlichen zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen das überwältigende, bisher weder angesprochene noch ansatzmäßig eingeplante Problem des Klimawandels. Erst wenn diese Zwangspunkte einer Lösung zugeführt werden können, kann man letztendlich der Veränderung des Klimas verantwortungsvoll entgegenreten. Ob dieses, in der angeblich notwendigen Frist von 15 bis 20, oder auch 30 Jahren, gelingen kann ist fraglich, strukturelle Veränderungen der Lebensgewohnheiten, der Lebensformen brauchen in der Regel mehr als eine Generationsepoche, sodass parallel zu den Maßnahmen gegen den Klimawandel, Ideen und Vorkehrungen sowie entsprechende Finanzmittel, gegen auftretende Klimaschäden eingeplant werden müssten. Ob ein solches ohne Wirtschaftswachstum möglich ist? Die Sozialdemokraten sollte sich mit dem Thema: „Sozialer Klimawandel bei verändertem Wirtschaftswachstum“ befassen und dabei die Beratungsergebnisse der früheren Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ aus dem Jahre 2013 als Grundlage miteinbeziehen.

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 26. August 2019

Heinrich Keuper